

## AKTUELL

PRIDE WEEK 2022

# Pride-Flaggen am Horizont

Isabel Spigarelli

**Rosa Lëtzebuerg präsentiert diese Woche das Programm zur Luxembourg Pride Week 2022 – hier einige politische und kulturelle Höhepunkte im Überblick.**

Zwar ist es bis zur Luxembourg Pride Week (1. bis 10. Juli) in Esch noch eine Weile hin, doch das Programm steht bereits: Rosa Lëtzebuerg, die 1996 gegründete und damit älteste LGBTIQ+-Organisation Luxemburgs, stellte ihn am 30. März auf einer Pressekonzferenz vor.

Der politische Fokus der Pride liegt dieses Jahr auf sechs Punkten aus dem Forderungskatalog von Rosa Lëtzebuerg, der integral auf der Internetseite der Organisation zu finden ist. Einer der Punkte bezieht sich auf medizinische Eingriffe bei Kindern mit Variationen der Geschlechtsmerkmale: Ein entsprechendes Verbot ist im Koalitionsvertrag angedacht, wurde aber noch nicht beschlossen. Rosa Lëtzebuerg fordert die Umsetzung und will gemeinsam mit Intersex & Transgender Luxembourg (ITL) in die Ausarbeitung des Gesetzestextes eingebunden werden.

Des Weiteren übt die Organisation Kritik an Auflagen der CNS, die trans Menschen pathologisieren. Die Krankenkasse übernimmt anfallende Behandlungen nämlich nur, wenn ein Bericht von Psychiater\*innen vorliegt, der die trans Identität bestätigt und „toute autre pathologie psychiatrique“ ausschließt. Die Kontrolle erfolgt über den Contrôle médical sowie die Sozialversicherungsbehörde und erstreckt sich über den gesamten Behandlungszeitraum. Dieses Verfahren steht im Widerspruch zur allgemeinen Anerkennung von trans Identitäten: Für die Personenstandsänderung bedarf es in Luxemburg seit 2018 keiner ärztlichen und psychologischen Gutachten mehr. Trans zu sein, wird hierzulande außerdem nicht als psychische Störung eingeordnet. Rosa Lëtzebuerg drängt deswegen zur Überarbeitung der CNS-Statuten und will sich auch hier zusammen mit ITL an dem Prozess beteiligt wissen.

Andere politische Forderungen der Organisation betreffen die automatische Anerkennung gleichgeschlechtlicher Elternschaft, die Einführung weiterer Geschlechtsoptionen im Personenstand, die staatliche Unter-

stützung bei der Schaffung von Safe Spaces sowie die von internationalen Schutzsuchenden, die sich als LGBTIQ+ definieren. Hier pocht Rosa Lëtzebuerg vor allem auf unkomplizierte Hilfsangebote und sichere Unterkünfte für die Betroffenen.

## Politik, Kunst und queere Geschichte(n)

Bei der angekündigten International Conference wirft die Pride dann einen Blick auf die EU: In Zusammenarbeit mit Repräsentant\*innen der EU-Kommission in Luxemburg und der Universität Luxemburg werden am 7. Juli in der Maison du Savoir in Belval Konferenzen zu LGBTIQ+-Aktivismus in Europa angeboten. Eingeladen sind unter anderem Aktivist\*innen aus Polen und Ungarn, wo derzeit queerfeindliche Regierungen an der Macht sind.

Neben Politik geht es bei der Pride aber auch um Kunst. Das Festival „Queer Arts“ verbindet Film, Tanzperformances, Malerei, Fotografie und weitere Genres miteinander. Künstler\*innen aus Luxemburg, der Großregion und Europa stellen ihre Arbeiten vom 1. bis zum 3. Juli im Bâtiment 4 in Esch aus. Das Festival ist als Biennale angedacht, die alle zwei Jahre im Rahmen der Pride in Luxemburg stattfinden soll.

In demselben Gebäude, das dieses Jahr übrigens festes Hauptquartier der Pride Week ist, läuft außerdem die Ausstellung „LGBTIQ History in Luxembourg“. Über die gesamte Pride Week hinweg kann das Publikum hier Material einsehen, das sowohl die Geschichte von Rosa Lëtzebuerg als auch die der nationalen LGBTIQ-Gemeinschaft nacherzählt. Die Ausstellung hängt mit dem Projekt „Queert Archiv Lëtzebuerg“ zusammen, im Zuge dessen Rosa Lëtzebuerg „queere Zeitgeschichte in Luxemburg“ zu dokumentieren versucht.

Das komplette und detaillierte Programm zur Pride ist in Kürze auf der Internetseite von Rosa Lëtzebuerg verfügbar.

Die Abkürzung LGBTIQ+ und LGBTIQ wurden dem Kontext angepasst.

## SHORT NEWS

## Rousegärtchen wird zum Luftschutzbunker

(rg) - Nachdem sich die Rekonstruktion des durch einen Großbrand schwer geschädigten Parkings unter dem „Rousegärtchen“ mit 17 bis 33 Millionen Euro als zu teuer erwies, lässt der Schöff\*innenrat der Hauptstadt eine Studie durchführen, um, nicht zuletzt in Anbetracht der aktuellen Sicherheitslage, dessen Nutzung als atomarer Schutzbunker zu untersuchen. Beauftragt wurde das Schweizer Bundesamt für Bevölkerungsschutz (Babs), das als öffentliche Beratungsstelle dafür Sorge trägt, die eidgenössische Bunkerinfrastruktur nach neuesten Erkenntnissen auszubauen. Im Rahmen der Studie veranstaltet das Babs am Freitag einen Großversuch, um herauszufinden, ob die bestehenden Ausgänge und die Auffahrten zwischen den Ebenen für eine Teilevakuierung bei Vollbesetzung ausreichen. Zur Durchführung des Tests wurden Garer Schulklassen, Teile der Armee und das Personal des gegenüberliegenden Sozialversicherungsministeriums mobilisiert. Dennoch ruft die Gemeinde die Bevölkerung dazu auf, sich am Experiment zu beteiligen, da die maximal mögliche Zahl an Bunkerinsass\*innen noch nicht erreicht ist. Wer dem Test beiwohnen will, soll sich am Freitag um 10 Uhr in der Lobby des erwähnten Ministeriums, 26 rue Sainte-Zithe, einfinden. Es wird empfohlen eine Taschenlampe, festes Schuhwerk und eine wärmende (Regen-)Jacke vorzusehen, da die unteren Geschosse dunkel, feucht und kühl sind. Helme werden vor Ort ausgegeben, da sie aber eventuell in zu geringer Stückzahl vorhanden sind, soll jede\*r nach Möglichkeit einen festen Kopfschutz, zum Beispiel einen Fahrradhelm, mitbringen.

## Petition gegen Kosmetik-Tierversuche

(ja) - Ein breites Bündnis aus europäischen Tierschutzorganisationen fordert eine Umgestaltung der EU-Chemikalienverordnung Reach. Dazu hat sie eine Europäische Bürger\*inneninitiative ins Leben gerufen. Damit soll gewährleistet werden, dass Tierversuche für Kosmetika in der Europäischen Union verboten sind. Ein solches Verbot besteht eigentlich schon seit 2013, doch für Inhaltsstoffe, die im Rahmen der Reach-Verordnung verwendet werden, werden weiterhin Tierversuche verlangt. Dies, um die Sicherheit der Arbeiter\*innen, die mit diesen Stoffen in Kontakt kommen, zu gewährleisten. Die Initiative „Europa ohne Tierversuche“ sieht darin eine künstliche Kluft zwischen Arbeiter\*innen und Verbraucher\*innen - immerhin benutzen letztere die Kosmetika auf ihrer eigenen Haut. Außerdem seien Tierversuche ohnehin nicht das beste Mittel, um die Verträglichkeit für den Menschen zu testen: Oft seien Ergebnisse von Tierversuchen nicht übertragbar und die stressigen Bedingungen in Tierversuchslabors verfälschten die Ergebnisse. Es gäbe andere Methoden, um Kosmetika zu testen, zum Beispiel mittels Computermodellen. Außerdem seien viele der Inhaltsstoffe für die nun Tests verlangt würden, bereits seit Langem in Verwendung. Die europaweite Petition kann unter [europa-ohne-tierversuche.de](http://europa-ohne-tierversuche.de) unterzeichnet werden.

## Verbesserungsbedarf bei Geburtenbetreuung

(tj) - Innerhalb Europas gibt es große Qualitätsunterschiede bei der Gesundheitsversorgung von Müttern und Neugeborenen - und in allen untersuchten Ländern Verbesserungsbedarf. Das ist das Ergebnis einer Studie des internationalen Forschungsnetzwerks Imagine-Euro, das vom Institut Burlo Garofolo im italienischen Triest koordiniert wird, einem Kollaborationszentrum der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Die Fragen wurden auf Basis der WHO-Qualitätskriterien für Geburten ausgearbeitet und an zwölf europäische Länder geschickt. Insgesamt nahmen 21.027 Personen an der Befragung teil, die zwischen März 2020 und März 2021 ein Kind zur Welt brachten. 62 Prozent der befragten Frauen mit Wehen gaben an, dass sie während oder nach der Geburt nicht von einer Person ihrer Wahl begleitet werden durften. 41 Prozent berichteten von Schwierigkeiten, während der Schwangerschaft Zugang zu Untersuchungen zu bekommen. 31 Prozent ühten sich nur unzureichend beim Stillen unterstützt. Während Länder wie Luxemburg, Spanien, Schweden, Frankreich und Deutschland vergleichsweise gut abschnitten, ist die Gesundheitsversorgung in Serbien, Rumänien oder Kroatien deutlich schlechter. Die Studie, so hofft das Forschungsteam, soll den einzelnen Ländern dabei helfen Maßnahmen zu ergreifen, um die Gesundheitsversorgung von Müttern und Neugeborenen zu verbessern.